

**Landesarmutskonferenz Berlin**

Geschäftsstelle  
c/o Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e.V.

Wilhelmstraße 115  
10963 Berlin

Tel. (030) 69 03 82 45  
Fax (030) 69 03 82 49  
E-Mail [lak@diakonie-stadtmitte.de](mailto:lak@diakonie-stadtmitte.de)  
web [www.landesarmutskonferenz-berlin.de](http://www.landesarmutskonferenz-berlin.de)

**Pressespiegel zur Kampagne „Wir kommen wählen!“**

Ausklingen ließ Halina den 8. August dann bei der Veranstaltung [„Wir kommen wählen.“](#) im [FRIEDA-Frauenzentrum](#) in der Proskauer Str. 7 in Friedrichshain.

Die Veranstaltung fand im Rahmen der Landesarmutskonferenz Berlin statt und bot den Frauen des Wahlkreises die Möglichkeit, den Bundestagskandidat\_innen in einem persönlichen Gespräch Fragen zu verschiedenen Themen zu stellen. Wichtig war Halina dabei auch, mehr über die Meinungen und Forderungen der Frauen zu erfahren. Und so wurde in Kleingruppen à la World Café u.a. über die gesellschaftliche und politische Situation der Frau, über Grundeinkommen und Mieten diskutiert. Neben den spannenden Gesprächen genoss Halina vor allem die ‚unkonventionelle‘ und gemütliche Atmosphäre. Mal eine angenehme und willkommene Abwechslung zu den eher förmlichen und unpersönlichen Debatten im Bundestag.

Halina bedankt sich beim FRIEDA-Frauenzentrum für die Einladung und bei den anwesenden Frauen für die anregenden Gespräche.

12. August 2013

---

**15. August 2013 11:33 Süddeutsche Zeitung**  
Wahlkreis-Atlas Merkels einsamster Kämpfer

Anderswo wäre er Favorit, hier ist er für viele ein Feindbild: Götz Müller kandidiert im traditionell linken Berliner Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost für die CDU. Es ist ein mühsamer Kampf. Gegen Intoleranz gegenüber Konservativen, gegen wütende Frauen und gegen Hans-Christian Ströbele, den Liebling der Massen.

**Von Michael König, Berlin**

"Hau ab!", haben sie ihm zugerufen, als er zum Plakatekleben kam. "Falscher Kiez!" Auf Götz Müllers Stirn treten Falten hervor, als er davon erzählt. Er will sich einen Zigarillo anzünden, Marke "Al Capone" mit Cognac-Geschmack, aber das Feuerzeug ist kaputt. Die Kellnerin hilft aus. Müller gibt ihr zum Dank einen Kugelschreiber aus seiner Wahlkampf-Kollektion. Sie schaut ihn an und fragt: "Oh, Sie sind von der CDU?" Müller nickt. Die Kellnerin versucht ein Lächeln.

Von der [CDU](#) zu sein, das ist für Politiker in weiten Teilen Deutschlands ein Vorteil. CDU-Kandidaten haben gute Chancen, mit der Erststimme in den Bundestag gewählt zu werden. 2009 gewann die Union die mit Abstand meisten Direktmandate, 173 an der Zahl, mehr als alle anderen Parteien zusammen. CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe erinnert dieser Tage häufig daran, wenn er über den Wahlkampf spricht. Er nennt es eine Stärke seiner Partei.



[Bild vergrößern](#)

**Götz Müller posiert auf seinem Wahlkampf-Flyer neben Angela Merkel. Es sei ein kurzes, aber nettes Treffen mit der Kanzlerin gewesen, sagt er.**

(Foto: CDU)

An Götz Müller denkt Größe dabei vermutlich nicht. Der Verwaltungsbeamte, 46 Jahre alt, Vater zweier Söhne, ist Direktkandidat in [Berlin](#), genauer: in Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost. Ein Wahlkreis, anders als die anderen. Nirgendwo war der Abstand zum Bundesergebnis so groß wie hier. [Wenn in der Südpfalz die durchschnittlichsten Wähler der Republik leben](#), dann sind es im Berliner Osten die extremsten.



**Wahlkreis-Atlas Wo die Normalwähler wohnen**

So sieht also der Durchschnitt aus. Die Stadt Annweiler am Trifels hat 2009 genau so gewählt wie ganz Deutschland. Wer die Menschen dort versteht, versteht das Wahlvolk, oder? Zu Besuch in einer Kleinstadt, die auch im Hobbykeller von Horst Seehofer stehen könnte.

Volkspartei sind hier die Grünen, die 2009 mit 27,4 Prozent der Zweistimmen die Mehrheit holten. Gefolgt von den Linken (25 Prozent) und der SPD (20,2). Die CDU kam mit 11,9 Prozent nur auf Platz vier. Noch deutlicher war es bei den Erststimmen: 46,7 Prozent für [Hans-Christian Ströbele](#) von den Grünen, als einziger Vertreter zum dritten Mal in Folge als einziger Vertreter seiner Partei direkt in den Bundestag gewählt.

Für die CDU kandidierte 2009 Vera Lengsfeld, eine ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin und Trägerin des Bundesverdienstkreuzes. [Auf ihren Plakaten posierte sie neben Angela Merkel, beide in tief ausgeschnittenen Kleidern](#), dazu der Slogan: "Wir haben mehr zu bieten". Das Ergebnis: 11,6 Prozent für Lengsfeld.



[Bild vergrößern](#)

**Mehr zu bieten? Vera Lengsfeld (rechts) auf ihrem Wahlplakat von 2009. Mit Kanzlerin Angela Merkel war das Motiv angeblich nicht abgesprochen.**  
(Foto: REUTERS)

Müller will es besser machen. Er will dem 74 Jahre alten Ströbele das Mandat streitig machen, obwohl das eine Sensation wäre, wie er selber sagt. Obwohl es ein Kampf mit ungleichen Waffen ist.

Ströbele ist momentan häufig im Fernsehen, er gibt Interviews für Zeitungen und Online-Medien. Seine Stimme klingt heiser am Telefon, er kann die Nummern der Journalisten nicht mehr auseinanderhalten, die mit ihm über die Internet-Überwachung der Briten und Amerikaner reden wollen. Ströbele ist Experte auf diesem Gebiet, er gehört dem Parlamentarischen Kontrollgremium zur Kontrolle der Nachrichtendienste an.

Götz Müller ist Fraktionschef der Union in der Bezirksverordnetenversammlung [Friedrichshain-Kreuzberg](#). Er verweist gerne auf seinen Online-Auftritt. [Bei Facebook hat er 71 Fans](#). Ströbele [mehr als 6000](#).

### "Ich bin konservativ im besten Sinne"

Die Grünen haben ihren Kandidaten auf 3700 Plakate gedruckt, einmal klassisch im Porträt, einmal als Comic-Zeichnung. Von Müller gibt es 1300 Plakate und nur ein Motiv: Müller im schwarzen Sakko, weißes Hemd, keine Krawatte. Die grauen Haare ordentlich gescheitelt. Das Parteilogo rechts unten.

Er will seriös wirken, Extravaganzen sind Müller fremd. Von den Zigarillos vielleicht abgesehen. Und von seinem Handy-Klingelton. Der geht so: "Halloooo, Guten Moooooorgen, Deutschland. Ich wünsch dir einen guuuuuten Tag."

### "Berlin den Berlinern"

Müller sagt von sich: "Ich bin konservativ im besten Sinne." Ein einfacher Satz, aber bei Müller schwingen Trotz und Rechtfertigung mit. Geboren ist er in Wiesbaden, seit 1996 arbeitet er im Bezirksamt in Treptow-Köpenick. 2001 trat er in die [CDU](#) ein, in seinem Bekanntenkreis hat das damals nicht jeder verstanden. 2012 machte ihn die Partei zum Direktkandidaten.



### Knapper Wohnraum in Berlin – Bei Luxussanierung Krieg

Hat er sich darüber gefreut? "Ich mache das schon gerne", sagt Müller. "Ich bin überzeugt, dass die Menschen auch hier eine gute Vertretung brauchen." Er ist dann schnell bei seinem Programm, bei der Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer inklusive Autofahrern, "schließlich sorgen die durch die Zahlung verschiedener Steuern solidarisch auch für Fußgänger und Fahrradfahrer." Bei

der "sofortigen und konsequenten Verfolgung von Straftätern" und bei besserem Lärmschutz. Und bei der Wohnungspolitik.

Das Interview mit Müller findet in einem Café nahe des Frankfurter Tors statt, der Weg dorthin ist mit Baugerüsten gesäumt. An vielen Orten im Kiez werden Häuser saniert, Balkone errichtet, Parkettböden verlegt. Die bisherigen Mieter müssen raus, neue Mieter kommen.

### **"Kreuzberg ist voll"**

Es gibt dieses Phänomen - "Gentrifizierung" genannt - in beinahe allen großen Städten. Aber in der Hauptstadt wird die Debatte besonders hitzig geführt. Es gibt Demos und Hausbesetzungen, [auch gegen Neubauten regt sich Protest](#). "Kreuzberg ist voll", sagen [Berliner](#), wenn sie vom dortigen Wohnungsmarkt sprechen. Im Prenzlauer Berg tobt ein [absurder Kampf zwischen Schwaben und Nicht-Schwaben](#). In Friedrichshain hängen Plakate: "Berlin den Berlinern." Sakkotragende Menschen werden mit "Haut ab, ihr scheiß Yuppies" begrüßt.

Müller trommelt mit den Fingerknöcheln auf dem Tisch. "Da fehlt die Toleranz bei genau den Menschen, die immer Toleranz einfordern", sagt er. Und überhaupt, Gentrifizierung. Er könne schon mit dem Wort nichts anfangen. "Dieser Begriff heißt systematische Vertreibung, und ich bezweifle, dass es die gibt." Die Stadt sei nun mal attraktiv, die Modernisierung sei vielerorts nötig, "das ist ein ganz normaler Prozess". Er könne es "Hauseigentümern nicht verdenken, dass sie mit ihren Wohnungen Geld verdienen wollen."

### **Schnell noch der Hardliner-Test**

Sein Weißbier wird schal, er stürzt den Rest hinunter, gleich geht es noch zu einem Termin. Schnell testen, wie konservativ er sich wirklich gibt. Stichwort Homo-Ehe: "Ich habe nichts dagegen, dass Menschen, die dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, gleichgestellt werden, egal ob homo oder hetero."

Und die Atomenergie? "Ich habe zumindest keine Angst davor", sagt er. "Und ich bin auch nicht so sicher, ob die Atomkraft-Gegner nicht dieselben sind, die irgendwann gegen Stromleitungen in ihrem Garten demonstrieren."

War die Aussetzung der Wehrpflicht richtig? "Ja", sagt Müller, "aus meiner Sicht spricht nichts gegen eine Berufsarmee." Er, der ausgemustert wurde, habe einen umso größeren Respekt vor "unseren Soldaten".

Und das Betreuungsgeld? Müller: "In ländlichen Gebieten ist das sinnvoll, in Großstädten halte ich nichts davon. Gehen Sie mal um neun Uhr abends durch Kreuzberg, da warten die Kinder auf der Straße, dass ihre Eltern nach Hause kommen und sie reinlassen. Es kann nicht sein, dass diese Eltern auch noch Geld dafür bekommen."

Auf zum Termin im [Frauzentrum Frieda](#), ein paar Blocks weiter. Männer haben hier eigentlich keinen Zutritt, für die Aktion "Wir kommen wählen" wird eine Ausnahme gemacht. Es ist ein heißer Sommerabend, Müllers Konkurrenten begrüßen ihn vor der Tür. Halina Wawzyniak von der Linken, die 2009 über die Landesliste in den [Bundestag](#) einzog. Cansel Kiziltepe von der SPD, Sebastian von Hoff von den Piraten.



**Ströbele, eine Comicfigur: Der Bundestagsabgeordnete der Grünen vor Wahlplakaten in seinem Büro.**

(Foto: dpa)

Auch Helmut Metzner von der FDP ist da, einst Büroleiter des damaligen Parteichefs Guido Westerwelle, 2010 über die "Wikileaks-Affäre" gestolpert. [Damals kam heraus, das Metzner Partei-Interna an die US-Botschaft weitergegeben hatte.](#) Jetzt versucht er ein Comeback.

Nur Ströbele fehlt noch, er kommt zu spät, seine Konkurrenten werfen sich vielsagende Blicke zu. Die engagierte Leiterin des Frauenzentrums teilt die Politiker auf sechs Stehtische in drei Räumen auf, dort sollen sie Fragen der Frauen beantworten. "Ein bisschen so wie Speed-Dating" sei das.

CDU-Mann Müller bekommt Tisch Nummer drei, die erste Fragestellerin bestürmt ihn: "Wann kommt der Mindestlohn?" Müller: "In vielen Branchen gibt es den ja schon ..." Die Frau, zischend:

"Der Mindestlohn für alle." Müller: "Den wird es mit uns nicht geben, der ist auch gar nicht förderlich ..." Die Frau: "Dann wollen Sie also nichts dagegen tun, das eine Putzhilfe im Hotel nur drei Euro verdient. Danke, ich habe genug gehört."



[Bild vergrößern](#)

**Götz Müller vor dem Frauenzentrum "Frieda" in Berlin-Friedrichshain.**

(Foto: oH)

### **"Ihm fehlt noch das Know-How"**

Es ist nur der Anfang eines langen Termins. Auge in Auge mit dem Wähler, 90 Minuten echte Gefühle. An den anderen Tischen stehen mehr Frauen als bei Müller, bei Ströbele sind es besonders viele.

Der Grüne ist in Plauderlaune, er erzählt Anekdoten aus seinen insgesamt 17 Jahren im [Bundestag](#). Fragen beantwortet er, ehe sie ganz gestellt sind. An einer Stelle sagt er: "Die Grünen sind eine Partei, die in der Lage ist, sich - in Maßen - selbst zu korrigieren." Seine Zuhörerinnen nicken, eine tätschelt ihm den Arm.

Müller soll währenddessen sein Konzept für ein globales Finanzsystem erklären, er sagt: "So spontan kann ich das nicht." Eine Frau hält ihm vor, er sehe "nur das Schlechte im Menschen". Sie lehnt Hartz IV ab, Müller will es ihr nicht gleich tun. Immer wieder laden Frauen ihre Wut über das Betreuungsgeld bei ihm ab. "Da muss man differenzieren", sagt Müller, aber er dringt nicht durch. "Ein sympathischer Kerl, aber ihm fehlt das Know-How", sagt eine Frau über ihn. Mehr Lob ist hier nicht zu holen.

Als die Zeit abgelaufen ist, überreicht Müller ihr einen Kugelschreiber. Sie wehrt ab, doch er besteht darauf, hält ihr den Stift vor die Nase. "Nehmen Sie ruhig", sagt Müller. "Ich habe genug davon."





• **Michael König** 15. August 2013 11:33 Süddeutsche Zeitung

---

### Speed Dating mit Politikern



[Frank Wecker](#)

**Charlottenburg.** "Wir kommen wählen!" - unter diesem Motto bringt die gemeinnützige Gesellschaft "Gebewo-soziale Dienste Berlin" in Zusammenarbeit mit der Landesarmutskonferenz Obdachlose und arme Bürger mit Bundestagskandidaten zusammen. Die Begegnung funktioniert wie beim "Speed- Dating": Jeder Politiker hat einen Tisch, an dem er den Wählern über mehrere Runden Rede und Antwort steht. Eine Runde dauert 15 Minuten, dann wird gewechselt. Am Donnerstag, 22. August, 15.30 Uhr nehmen die Kandidaten Dagmar König (CDU), Ülker Radziwill (SPD), Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen), Marlene Cieschinger (Die Linke), Lars Lindemann (FDP) und Siegfried Schlosser (Piraten) teil. Die Veranstaltung findet im Seelingtreff in der Seelingstraße 9 statt.

19.08.2013, Berliner Woche

---

### ***Sie haben die WAHL***

Donnerstag, 15.30 Uhr

Die **Linke** macht auf eine Veranstaltung der Landesarmutskonferenz aufmerksam. Unter dem Motto „Wir kommen wählen“ diskutieren Kandidaten von sechs Parteien mit obdachlosen und sozial schwachen Menschen. „Seelingtreff“, Seelingstr. 9, Charlottenburg.

Tagesspiegel, 22.8.2013

---

### **Wahlkampf ohne Phrasen und Fremdworte**

🌐 25.08.2013 14:28 Uhr Tagesspiegel

von [Judith Fiebelkorn](#)

**„Aus dem Beamtendeutsch kommen die wohl nie raus“: Die Parteiprogramme für alle Wähler gleichermaßen verständlich zu gestalten, fällt manchem Politiker schwer. In Dahlem haben einige von ihnen versucht, mit geistig Behinderten ihre politischen Ziele zu diskutieren - ohne Phrasen und Fremdworte.**



Die Wahl-Slogans der Parteien. - Foto: dpa

Er muss sich von seinem Stuhl erheben und noch einmal von vorn beginnen, diesmal laut und deutlich. Denn kaum jemand hat Gerwald Claus-Brunner, Kandidat der Piraten in Zehlendorf-Steglitz, verstanden, als er sich vorstellt und in einem Satz zu erläutern versucht, was seine Partei für Behinderte tun will. Zugegeben, die Aufgabe ist nicht einfach, all das soll in leichter Sprache geschehen. Die Zuhörer sind Menschen mit geistigen Behinderungen, die an diesem Abend in der Evangelischen Ernst-Moritz-Arndt Kirche in Dahlem zusammen gekommen sind, um sich über ihre Bundestagskandidaten zu informieren. Neben Claus-Brunner sind noch Ute Finckh-Krämer von der SPD und Nina Stahr von den Grünen gekommen.

Die Kandidaten der anderen Parteien lassen sich von Parteikollegen vertreten.

Auch Claus-Brunners Mitstreitern fällt diese erste Aufgabe nicht wesentlich leichter. Sie nutzen Begriffe wie „Inklusion“ und „erster Arbeitsmarkt“, Fachtermini eines Themengebietes, auf dem die Angesprochenen Experten sind und doch mit den schwierigen Worten nichts anfangen können.

Die Sprache ist aber nicht das einzige, was diesen Abend von anderen Wahlkampfterminen unterscheidet. Die rund 50 Teilnehmer sitzen in einem Stuhlkreis, ein Gespräch auf Augenhöhe soll möglich sein. Nach einer Stunde stimmen alle darüber ab, ob weiter diskutiert werden soll. Sie haben sich bei einem Workshop gemeinsam vorbereitet, ihre Fragen an die Kandidaten hängen in großer Schrift ausgedruckt an den Wänden.

### **Wenig kontrovers: Barrierefreiheit und Verbesserung im Nahverkehr**

Doch die sind eigentlich nicht nötig, denn Fragen haben die Teilnehmer mehr als genug. Meist drehen sie sich um alltägliche Probleme, die behinderte Menschen in Dahlem haben: Dass an der U-Bahnstation Oskar-Helene Heim der Fahrstuhl nicht funktioniert, dass so wenig Busse fahren und die Informationen an den Stationen schlecht lesbar sind. Da fällt es den Politikern schon leichter, ihre komplizierte Sprache aufzugeben.

Raum für Dissens lassen diese Themen freilich nicht; wer hat schon etwas gegen Barrierefreiheit und Verbesserungen im Nahverkehr? Erst als die Themen größer werden, werden Unterschiede deutlich: Nach einem flammenden Plädoyer eines Teilnehmers gegen Krieg können SPD, Grüne und Linke mit ihrem Vorhaben einer stärkeren Rüstungskontrolle punkten. Ebenso als es um Armut unter behinderten Menschen geht, da haben sie den Mindestlohn zu bieten. Jedoch nur einmal wird es fast explosiv, als Thomas Seerig, Ortsvorsitzender der FDP in Steglitz das Konzept seiner Partei zur Verbesserung der Situation von Behinderten auf dem Arbeitsmarkt vorstellt: Die FDP möchte, dass Betriebe weiter wählen können, ob sie eine Abgabe zahlen, wenn sie die gesetzliche Quote behinderter Beschäftigter nicht erfüllen, oder stattdessen mehr Produkte von Behindertenwerkstätten kaufen wollen. Da kann Nina Stahr von den Grünen nicht an sich halten und wirft ein, diese Regelung sei doch das Gegenteil von Inklusion und man brauche eine sogar noch höhere und zwingende Abgabe – und fällt damit aus der bei ihr zuvor an diesem Abend vergleichsweise leicht gehaltenen Sprache.

### „Aus dem Beamtendeutsch kommen die wohl nie raus.“

Kurz vor Schluss kommt dann noch der bei Wahlkampfterminen im Süden Berlins zur Zeit wahrscheinlich unvermeidliche Fluglärmgegner zu Wort. Auch wenn er begründen kann, warum seine Frage zum Thema der Veranstaltung passt – schließlich verursache Fluglärm Konzentrationsstörungen und Lernschwierigkeiten – wirkt sie ein wenig deplatziert und bleibt dennoch nicht unbeantwortet: Ute Finckh-Krämer von der SPD erinnert ihn daran, dass der Fluglärm über Zehlendorf wohl auch nicht unerträglicher sei, als ein vorbeifahrendes Auto. Daneben sei sie aber für ein Nachtflugverbot und damit in ihrer Partei in der Minderheitsposition.

Am Ende scheint die Mehrheit der Teilnehmer zufrieden mit der Veranstaltung und besser informiert für die Wahlentscheidung. Nur ein Befragter bemängelt: „Aus dem Beamtendeutsch kommen die wohl nie raus.“

### SPD-Kandidatin in Friedrichshain-Kreuzberg Cansel Kiziltepe Mein Vater, meine Tochter, mein Weg



Cansel Kiziltepe. Die Wahlkampfpexperten haben ihr empfohlen, die Haare hochzustecken, damit sie nicht zu türkisch aussieht.

Foto: Berliner Zeitung/Paulus Ponizak  
Von Sabine Rennefan

**Wie macht man Wahlkampf, wenn die eigene Partei mutlos schwächelt? Cansel Kiziltepe ist Direktkandidatin in Friedrichshain-Kreuzberg – für die SPD. Und sie redet lieber über sich und ihren Aufstieg als über Peer Steinbrück. Da gibt es wenigstens etwas Positives zu erzählen.**

Ella, 13, findet es doof, dass ihre beste Freundin Paula wegzieht, weil sich die Eltern die Wohnung nach der Sanierung nicht mehr leisten können. „Könnt ihr Politiker da nicht mal was machen?“, sagt sie zu ihrer Mutter, die neben ihr auf einem gepunkteten Sofa sitzt und den Wirtschaftsteil einer Tageszeitung liest. Die Politikermama heißt Cansel Kiziltepe und will in den Bundestag. Da hat sie gleich mal ihre Tochter eingespannt. „Für Paula und ihre Familie können wir nichts machen, aber wir müssen die Gesetze ändern – so, dass Menschen wie Paula und ihre Familie in ihren Wohnungen bleiben können“, sagt Cansel Kiziltepe. Sie sieht etwas steif dabei aus.

Es ist einer von vier kurzen Filmen, mal sieht man Mutter und Tochter in der Küche, mal beim Shopping, in einem vierten Spot kommt auch noch Tante Hatice zu Wort, die sich in der Mieterinitiative am Kottbuser Tor engagiert. Sie reden über Mindestlohn, soziale Mieten, worüber man halt zu Hause so spricht. Willkommen bei Familie Kiziltepe.

Es handelt sich um Wahlwerbepots, Cansel Kiziltepe hat sie drehen lassen und ins Internet gestellt. Ihre Partei, die SPD, kommt darin nicht vor, nur im Abspann sieht man das SPD-Logo für einen Bruchteil von Sekunden.

Vielleicht muss man Wahlwerbung so machen, wenn man für eine Partei antritt, deren Kampagne nicht in Gang zu kommen scheint, deren trauriger Spitzenkandidat selbst von seinen Gegnern bemitleidet wird. Wenn die Direktkandidatin mit dem Bürger in Kontakt tritt, an Ständen oder an Haustüren, redet sie lieber über sich selbst als über Peer Steinbrück. Cansel Kiziltepe gehört zu einer neuen Generation von Kandidaten, die etwas Abstand zu der SPD-Zentrale halten, ihren eigenen Weg suchen.

Sie sitzt im Café am Spreeufer und steckt sich eine Zigarette an. Trotz der Lage wirkt sie gut gelaunt, lacht viel. Als Direktkandidatin von Friedrichshain-Kreuzberg will sie dem Grünen Christian Ströbele den Wahlkreis abjagen. Ströbele hat drei Mal den Wahlkreis direkt gewonnen. Immer wieder haben sich hier SPD-Hoffnungsträger aufgerieben, zuletzt Björn Böhning. Er bekam 2009 gerade mal 16 Prozent.

### **Kind eines Gastarbeiters**

Cansel Kiziltepe sagt, dass sie gegen Ströbele eine Chance hat. Ihr Schwerpunkt, die Sozialpolitik, sei eine Schwachstelle von Ströbele. Für Mindestlohn und billige Mieten sind die Grünen aber auch. Der SPD fehlen frische Gesichter, vor allem von Frauen, von Migranten. Cansel Kiziltepe erfüllt alle Anforderungen. Ihr Vater kam als einer der ersten Gastarbeiter nach Berlin, arbeitete bei Daimler-Benz als Schlosser. Seine Tochter wuchs im Wrangelkiez auf, studierte Volkswirtschaft an der TU Berlin. Mit 27 trat sie in die Gewerkschaft Verdi ein, drei Jahre später in die Partei, sie machte schnell Karriere. Inzwischen ist sie 37 und arbeitet in der Personalabteilung von Volkswagen in Wolfsburg, mit Dienstwagen und gutem Gehalt. Fast wirkt sie wie gecastet, vor allem, wenn sie Sätze sagt wie diesen: „Ich verkörpere das sozialdemokratische Aufstiegsversprechen.“

Sie ist sich ihrer Rolle als Vorzeige-Migrantin durchaus bewusst. Nebenbei lässt sie fallen, dass die Wahlkampfexperten der SPD-Zentrale ihr empfohlen hätten, sich für die Wahlplakate die Haare hochzustecken. Sie solle bitte nicht zu türkisch aussehen.

Ein Donnerstagabend, acht Wochen vor der Bundestagswahl. Cansel Kiziltepe steht an einem weißen Plastiktisch, vor sich ein Glas Wasser, umringt von Frauen mit flachen Schuhen, selbst gebasteltem Schmuck und praktischem Kurzhaarschnitt. Sie wirkt glamourös hier, mit ihren Glitzerohrringen, rotem Lippenstift und knallrotem Jackett. Ihre Haare hat sie hochgesteckt, so wie ihre Parteizentrale sie gern sieht. Das Frauenzentrum „Frieda“ in Friedrichshain hat zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen, alle Direktkandidaten der fünf Parteien sind gekommen. Sie stehen in verschiedenen Räumen an Tischen, drei Männer, zwei Frauen. Die Besucherinnen teilen sich in Gruppen und gehen von Tisch zu Tisch, alle fünfzehn Minuten wird gewechselt. Es ist eine Art Speed-Dating für Politiker.

Viele Frauen verdienen nicht genug zum Leben, müssen mit Hartz IV aufstocken. Sie haben Probleme, die sie direkt mit der Agenda-Politik der SPD verbinden. Deshalb scharen sich um Cansel Kiziltepes Tisch besonders viele Besucherinnen. Eine Frau ist aufgebracht. Sie soll aus ihrer Wohnung raus, findet mit ihrer Frührente von 850 Euro aber keine bezahlbare Bleibe mehr, Wohngeld bekommt sie nicht, die städtischen Wohnungsgesellschaften hätten sie abgelehnt. „Ich habe heute morgen den Schröder im Radio gehört, da hat er gesagt, Deutschland stünde ohne die Reformen nicht so gut da“, sagt die Frau empört.

Cansel Kiziltepe hört sich die Sorgen an, sie nickt verständnisvoll, nur bei dem Wort Schröder gefriert ihr das Lächeln im Gesicht. Am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, wo sie damals arbeitete, habe sie schon vor den Folgen der Reformen gewarnt, sagt sie. Als würde das noch nicht reichen, um sich abzugrenzen, setzt sie noch eins drauf: „Es gab damals aber auch Sozialdemokraten, die dem neoliberalen Trend gefolgt sind.“ Sie muss keine Namen nennen, um zu wissen, dass sie auch den Kanzlerkandidaten meint.

Als sie sich auf dem Parteitag der Berliner SPD im vergangenen Mai um einen aussichtsreichen Listenplatz bewarb, hielt sie eine kämpferische, ja pathetische Rede. Sie zitierte ihren politischen Ziehvater Ottmar Schreiner, umschmeichelte die Gewerkschaften. Sie kritisierte auch Merkels Spardiktat in Europa, das den Menschen die Luft abschnüre, ohne freilich zu erwähnen, dass die SPD-Bundestagsfraktion die Beschlüsse unterstützt hat. „Wer, wenn nicht wir, die deutsche Sozialdemokratie, hat die Kraft, aus Fehlern zu lernen?“, rief sie. Sie wurde mit 82 Prozent nominiert. Es kommt bei der Basis an, wenn man sich von der jüngeren Partei-Vergangenheit distanziert. Heute kann man in der SPD gar nicht mehr Karriere machen, ohne die Agenda-Politik zu verurteilen.

Das Willy-Brandt-Haus liegt in Kiziltepes Wahlkreis, doch die Nähe ist rein geografisch. Nur ein einziges Mal habe sie „Peer“ getroffen, als er zu Beginn des Wahlkampfes mal Kreuzberg besuchte und über die Oberbaumbrücke spazierte. Er habe sie, die Direktkandidatin, nicht weiter beachtet. Sie klingt nicht enttäuscht, als sie das erzählt, sondern eher so, als habe dieses Treffen alle Vorurteile bestätigt. Umso weniger Rücksicht muss sie auf „Peer“ nehmen. Sie ahnt, dass Steinbrücks Zeit wohl abgelaufen ist, und dass ihre Zeit noch kommt.

Vieles von dem, was Cansel Kiziltepe fordert – höhere Löhne, höhere Renten, die Abschaffung der Schuldenbremse – könnte auch aus dem Programm der Linkspartei stammen. Wie viele Sozialdemokraten ihres Alters hat sie keine Berührungängste. Schon bei ihrem ersten Auftritt als Kandidatin hat sie gesagt, dass sie sich Rot-Rot-Grün vorstellen kann.

In die SPD sei sie eingetreten, weil sie die Partei des sozialen Aufstiegs sei, sagt sie. Das war im Mai 2005, nachdem die SPD Nordrhein-Westfalen verloren hatte. Ein halbes Jahr später wurde sie Mitarbeiterin des SPD-Sozialpolitikers und Agenda-Kritikers Ottmar Schreiner. Sie war schon 30, bei den meisten Politikern heute beginnt die Karriere meist mit dem Eintritt in die Jugendorganisation. Sie kommt aus einem Milieu, von dem die SPD sich in den vergangenen Jahren entfremdet hat, einer Arbeiterfamilie. Zu Hause gab es keine Bücher, keine Museen- oder Theaterbesuche, erst als Cansel Kiziltepe in die Schule kam, die Kurt-Schumacher-Schule in Kreuzberg, hat sich eine neue Welt für sie eröffnet. Sie schwärmt von der Ganztagsbetreuung, die Anfang der Achtzigerjahre noch selten war, von den kostenlosen Mittagessen und Schulbüchern. Alte Freunde aus dem Wrangelkiez, die nicht mit ihr auf die Kurt-Schumacher-Schule gegangen seien, hätten sich nicht so gut entwickelt und lebten heute von Hartz IV. Cansel Kiziltepe sagt, sie wolle etwas zurückgeben.

Sie schreibt vieles Willy Brandt zu, lobt seine Bildungspolitik, auch wenn sie ihn als Kanzler gar nicht erlebt hat. Sie war noch gar nicht geboren, als er 1974 zurücktrat. Heute vertraut sie den Kreuzberger Schulen nicht mehr. Ihre eigene Tochter geht auf ein Gymnasium in Wilmersdorf.

An einem Montagabend steht Cansel Kiziltepe vor der Friedrichstraße Nummer 4, einem Betonklotz am unfeinen Ende der Straße. Davor sitzen Männer mit Bierflasche. Cansel Kiziltepe hat zwei Helfer und einen Fragebogen für den Haustür-Wahlkampf dabei. An fünf Millionen Türen will die SPD bundesweit klopfen. Die Genossen wurden geschult, was fragt man, wie weicht man unangenehmen Fragen aus. Sie haben einen Fragebogen dabei, auf dem drei Punkte stehen: Sind Sie für den Mindestlohn? Was soll die SPD nach einem Wahlsieg machen? Werden Sie wählen gehen?

### **Kiezkind klingt nicht nach Politik**

Kiziltepe ist zwischen 17 und 19 Uhr unterwegs, da ist der Wähler statistisch am häufigsten zu Hause. Einer ihrer Genossen ist ein junger Mann mit Basecap, der im vergangenen Jahr im Urlaub bei Obama in den USA mitgeholfen hat. Er gibt ihr den Tipp, lieber nicht als Erstes zu sagen, dass sie von der SPD kommt. Sie guckt etwas unsicher.

Sie war am Vorabend beim Konzert der Ärzte, trägt einen Button, auf dem steht Kiezkind. Keinen Anstecker der SPD. Kiezkind, das klingt wie eine HipHop-Band. Wie ein Projekt. Nicht nach Politik.

Jetzt blickt sie auf das Klingelschild mit den vielen Namen, arabischen und deutschen, türkischen und bosnischen, russischen und italienischen. Sie drückt einen türkischen Namen. „Ich bin die Cansel von der SPD und will mich vorstellen“, sagt sie. Dschansel, so spricht man ihren Namen aus. Ein Mann lässt sie nach einer Weile rein.

Im 17. Stock steht sie in einem Flur mit blankem Beton, links und rechts gehen Türen ab. Die Wände sind orange und gelb gestrichen, um die Stimmung etwas freundlicher zu machen. Die Tour ist mühsam, nur wenige öffnen. Manchmal hört man, wie hinter der verschlossenen Tür der Fernseher läuft. Die, die öffnen, sagen oft, dass sie nicht wählen dürfen, weil sie keinen deutschen Pass haben.

Ein paar Stockwerke tiefer klingeln die beiden Helfer an einer Tür, die Kandidatin läuft in die andere Richtung. Als sie eine Frauenstimme hört, dreht sie sich um. „Wenn’s ein anderer gewesen wäre, dann hätte ich es mir noch mal überlegt, aber diesen Steinbrück wähle ich nicht“, sagt die Frauenstimme. Cansel Kiziltepe beugt sich vor, „das höre ich oft“, flüstert sie. Dieser Steinbrück. Sie versucht gar nicht, die Frau umzustimmen.

Es kommt öfter vor, dass sie am Wahlstand beschimpft oder angegriffen wird. Mal beschwert sich jemand über Steinbrück, Türken schimpfen eher über Sarrazin. Cansel Kiziltepe sagt, sie versuche, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, auf ihre eigene Geschichte. Aber wenn ein Bild erst mal steht, kommt man kaum dagegen an. Sie klingt müde.

Der Wahlkampf muss trotzdem weitergehen, auch wenn er an den Haustüren gelegentlich absurde Züge annimmt. Einmal machen zwei arabischstämmige Jungs auf, vielleicht 14, 15 Jahre alt. Mit den Punkten vom Fragebogen können sie nichts anfangen. „Was ist Mindestlohn“, fragt einer der Jungs. Cansel Kiziltepe eilt weiter. Im sechsten Stock treffen sie eine Rentnerin an, die sich auf ein Gespräch einlässt. Die Kandidatin hat eine Idee, wie man die Frau für die SPD begeistern kann: „Kommen Sie doch mal zu Kaffee und Kuchen in der Kreisgeschäftsstelle, Frau Höhne“, sagte sie. Den Namen hat sie vom Klingelschild abgelesen. Frau Höhne will aber keinen Kaffee und Kuchen, Frau Höhne will ein Parteiprogramm. Cansel Kiziltepe guckt verwundert, als habe sie sowas noch nie erlebt, dass jemand ein Wahlprogramm haben will. Sie verspricht, eins zu schicken.

Im vierten Stock trifft Cansel Kiziltepe endlich auf eine jüngere Frau. Sie ist Studentin, eigentlich die Zielgruppe, die der SPD fehlt. Sie arbeitet den Fragebogen ab.

„Wollen Sie Mindestlohn von 8,50 Euro?“

„Klar, wer will das nicht?“, sagt die Studentin, „Gerne ein bisschen mehr“, fügt sie hinzu. Auf die Frage, warum die SPD damals, als sie in der Regierung war, den Mindestlohn nicht eingeführt hat, kommt in der Friedrichstraße niemand.

Die Kandidatin hat noch einen Punkt auf der Liste: „Was sind die Probleme, die die SPD bei einem Wahlsieg anpacken soll?“

Die Studentin will, dass nicht nur Reiche in der Innenstadt wohnen können. Cansel Kiziltepe nickt, sie bittet die Frau, wählen zu gehen. Um eine Stimme für die SPD bittet sie nicht.

Artikel URL: <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/spd-kandidatin-in-friedrichshain-kreuzberg-cansel-kiziltepe--mein-vater--meine-tochter--mein-weg,10809148,24123644.html>

Berliner Zeitung 26.08.2013

## **Tagesspiegel**

### **Speed-Dating im Obdachlosenheim Politiker beim Wählercheck mit Wohnungslosen**

🌐 29.08.2013 09:35 Uhr

von [Elisabeth Binder](#)

**Von großen europäischen und kleinen persönlichen Krisen: Politiker aller Parteien werben in Einrichtungen für Wohnungslose um Wählerstimmen. Dabei bekommen sie einiges zu hören – auch am heutigen Donnerstag wieder.**



Ich hör mal zu. Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich an der Basis. - Foto: Vincent Schlenner

Am Tisch neben dem Fenster doziert der alte Mann mit dem roten Gesicht unter schlohweißem Haar über Kapitalflucht und unsinnige Milliardenverschwendung in Euro-Ländern. „So kann doch kein Staat überleben!“, ruft er voll Temperament, und die Gummibärchen in den Süßigkeitenschüsseln erzittern. CDU-Frau Dagmar König argumentiert ruhig gegen seine Verbesserungsvorschläge. „Wir können anderen Staaten nicht reinreden. Die müssen schon selber entscheiden.“

Die Frage, wer wem helfen könnte, ist an diesem Augustnachmittag im Charlottenburger Seelingtreff relativ leicht zu beantworten. Hierher kommen normalerweise Menschen, die Hilfe brauchen, weil sie ihre Wohnung verloren haben oder weil sie in Armut leben und froh sind über eine Gratismahlzeit und ein bisschen Gesellschaft.

Klar, dass solche Menschen nicht gerne öffentlich ihren Namen preisgeben. Heute haben sie Besuch bekommen von Politikern. Es ist Wahlkampf, und jede Stimme zählt. Auch Obdachlose können wählen, wenn sie in Berlin gemeldet sind. Sie können aber auch schriftlich den Eintrag in ein Wählerverzeichnis beantragen, der Stichtag ist der 1. September, im Internet wird unter [www.berber-info.de](http://www.berber-info.de) alles erklärt.

### **Alle 12 Minuten klingelt es: Tisch wechseln!**

„Wir kommen wählen“, ist der Titel dieser Kampagne der Landesarmutskonferenz Berlin. Dabei wird die Bundestagswahl zum Anlass genommen, Begegnungen zwischen Politikern und Menschen, die von Armut betroffen sind, zu fördern. Einerseits sollen arme Menschen ermutigt werden, aktiv für ihre Interessen einzutreten, andererseits soll das Thema Armutsbekämpfung mehr Gewicht in der politischen Auseinandersetzung gewinnen. Am heutigen Donnerstag findet eine solche Begegnung im Kieztreff Marzahn-Mitte statt. Im Seelingtreff klingelt an diesem Donnerstag alle zwölf Minuten eine Glocke, dann müssen die Politiker den Tisch wechseln.

Die üblichen Besucher des Seelintreffs können sitzen bleiben und mit dem nächsten Politiker reden – so ähnlich wie beim Speed-Dating. Da ist die ältere Frau, die allen ihre eigene traurige Geschichte erzählt. Sie leidet an einer Stoffwechselerkrankung im Gehirn, die nicht richtig behandelt und deshalb chronisch wurde. Nun hat sie wohl erhebliche Probleme mit ihrem Betreuer. „Kann man den Krankheitsverlauf verlangsamen?“, fragt die Grüne Lisa Paus. Könnte man wohl, aber: „Sie wissen ja, wie das läuft im Gesundheitssystem, wenn man arm ist.“ Der 73-jährige Rentner redet inzwischen auf die SPD-Abgeordnete Ülker Radziwill ein. Er sei enttäuscht vom Staat, sagt er, fühle sich ausgegrenzt und wegrationalisiert. Früher war er mal Lackierer, als er das nicht mehr machen konnte, kamen ABM-Maßnahmen, ein Studium hat er auch noch versucht. Jetzt muss er mit 694 Euro Rente über die Runden kommen, „was viel zu wenig ist“.

### **Termin beim Jobcenter? Nicht hingegangen.**

Am Tisch sitzt auch ein Mann, der lange schweigt, bis die Abgeordnete ihn nach seinen Problemen befragt. In gebrochenem Deutsch erzählt er, dass er seit sieben Monaten auf der Straße lebt. Seine Arbeit im Schlachthof hat der 39-Jährige nach 16 Jahren verloren. Ursprünglich kommt er aus dem Iran. Eine Ausbildung hat er nicht. „Sie müssen ins Jobcenter gehen, was ist mit einer Qualifizierung?“ „Die sagen, das geht nicht.“ Ülker Radziwill wird energisch: „Sie müssen sich beraten lassen, Sie könnten sich weiterbilden.“ Der Mann nickt resigniert. Gerade an dem Tag hatte er einen Termin im Jobcenter, ist aber nicht hingegangen.

Der entschiedene Kapitalflucht-Experte erläutert seine dezidierten Ansichten zur Finanzpolitik inzwischen dem Kandidaten „Alternative für Deutschland“, Hugh Bronson. „Ich bin dagegen, wie uns der Euro aufgezwungen wird“, dröhnt er. „Was, Sie sind gegen den Euro?“, fragt Bronson erfreut. „Dann passen Sie doch ganz genau zu uns.“ Aber so leicht lässt sich der Wähler nicht ködern. Eigentlich tendiert er eher zu den Linken, die natürlich auch vertreten sind. Eine arbeitslose Künstlerin könnte sich vorstellen, die FDP zu wählen, sie hat sich aber noch nicht entschieden. Ein seit langem arbeitsloser Politologe, der regelmäßig hierherkommt, zeigt sich ein bisschen enttäuscht über den vergleichsweise geringen Andrang. Nur zwölf Besucher sind da. „Sonst ist es viel voller.“ Klar, er findet das Projekt gut und hat auch differenzierte Ansichten zu den Parteien.

Bevor sie sich nach anderthalb Stunden verabschiedet, steckt Ülker Radziwill schnell noch der Frau mit der Stoffwechselkrankheit einen Zettel mit ihrem Namen zu. Falls es mal wieder Probleme mit dem Betreuer gibt. Für sie gehe es gar nicht darum, Wählerstimmen zu fangen, sagt sie. Sie will vor allem lernen, was die Menschen bewegt. Die Themen an den Tischen blieben sich ähnlich. Unter Sparmaßnahmen leiden vor allem die Armen. Auch die Kandidatin Dagmar König will etwas mitnehmen von den Anliegen der Menschen. An diesem Nachmittag sagt sie: „Über die Gesundheitsversorgung armer Menschen muss intensiver nachgedacht werden.“

29.8.2013 Tagesspiegel

### **"Frauen kommen wählen" Gespräche mit BundestagskandidatInnen des Wahlkreises Friedrichshain-Kreuzberg und Prenzlauer Berg Ost**

Wann: 08.08.2013 - 18:00 Uhr

Wo: [Frieda-Frauenzentrum e.V.](#)

Proskauer Straße 7

10247 Berlin

[» Lageplan](#)

"Frauen kommen wählen" Gespräche mit BundestagskandidatInnen des Wahlkreises Friedrichshain-Kreuzberg und Prenzlauer Berg Ost Donnerstag, 08.08.2013, 18-20 Uhr Was tun gegen Frauenarmut und fehlende Gerechtigkeit? Wie soll Einkommensgerechtigkeit erreicht werden? Wie wird Frauen bei der Frage der Kinderbetreuung geholfen? Was tun gegen steigende Mieten und Verdrängung? Wie sollen alleinerziehende Frauen unterstützt werden? Fragt nach! Am



22.09.2013 ist Bundestagswahl. Darum: nutzt die Gelegenheit und kommt mit den BundestagskandidatInnen eures Wahlkreises persönlich ins Gespräch, macht eure Forderungen und Wünsche deutlich und stellt eure Fragen. Mit dabei sind die BundestagskandidatInnen des Wahlkreises Friedrichshain-Kreuzberg und Prenzlauer Berg Ost: - Halina Wawzyniak, DIE LINKE - Hans-Christian Ströbele, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Cansel Kiziltepe, SPD - Sebastian von Hoff, Piratenpartei Deutschland - Götz Müller, CDU - Helmut Metzner, FDP Eine Veranstaltung in Kooperation mit der Landesarmutskonferenz Berlin.

7.8.2013 .regiomusik.de

---

Aus <http://www.armutsnetzwerk.de/>

### [Wahlversprechen der Parteien zur Bundestagswahl am 22.9.2013](#)

Geschrieben von Dietmar Hamann. Veröffentlicht in [Allgemeines](#)

## **Was schreibt die FDP zum Thema?**

### **Wohnungsmarkt, Mietpolitik und Bekämpfung der Wohnungsnot**

- Bundeszuweisungen für den Sozialen Wohnungsbau zweckbinden
- Baumaßnahmen erleichtern
- Baurecht überprüfen
- Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen unterstützen

### **Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und zur Existenzsicherung**

- Mehr Menschen den Einstieg in Arbeit ermöglichen
- Faire Entlohnung durch Lohnuntergrenzen unter Beachtung der Tarifautonomie
- Mehr Weiterqualifikation, Aus- und Fortbildung

### **Gesundheitliche und soziale Sicherung**

- Krankenversicherung muss bezahlbar bleiben
- Notwendiger Sozialausgleich aus Steuermitteln
- Bürgergeld schrittweise umsetzen
- Pauschalierung von Sozialleistungen in regional angemessener Höhe
- Leistungen der Bundesagentur für Arbeit verbessern

## **Was schreibt Die Linke zum Thema?**

### **Wohnungsmarkt, Mietpolitik und Bekämpfung der Wohnungsnot**

- Spekulation mit Wohnungen bekämpfen

- Modernisierungsumlage von 11 auf 5 %
- Kommunale Wohnungsunternehmen stärken
- Kommunen erhalten das Recht, Höchstmieten festzulegen
- Mieterhöhungen allein wegen Neuvermietungen sind unzulässig.
- Nicht mehr als 30 % des Nettoeinkommens für Miete
- Mind. 150.000 Mietwohnungen mit Sozialbindung /Jahr bauen
- Zwangsumzüge stoppen

### **Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und zur Existenzsicherung**

- Investitionen in öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur.
- Mindestlohn von 10 Euro
- Hartz IV muss weg!: Erhöhung der Regelsätze auf 500€ und Abschaffung der Sanktionen
- Kein Lohndumping über Leiharbeit, Werkverträge und Befristungen

### **Gesundheitliche und soziale Sicherung**

- Solidarische Gesundheitsversicherung: eine Kasse für alle
- Alle zahlen ein, alle werden gleich gut versorgt
- Zuzahlungen und Zusatzbeiträge werden abgeschafft.
- Alle medizinisch notwendigen Leistungen müssen wieder übernommen werden.
- Mindestrente von 1.050 Euro einführen

## **Was schreiben die Piraten zum Thema?**

### **Wohnungsmarkt, Mietpolitik und Bekämpfung der Wohnungsnot**

- Sozial ausgewogene Verteilung von Wohnungsbeständen in Stadtgebieten
- Fördermittel für Wohnungsbau und Sanierungen als Instrument zur Steuerung des Wohnungsbaus
- Flächendeckende qualifizierte Mietspiegel, um unverhältnismäßige Mietpreisentwicklungen zu dämpfen
- Familienfreundliche Städte und Gemeinden, Förderung generationsübergreifendes Wohnens

### **Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und zur Existenzsicherung**

- Bedingungsloses Grundeinkommen und Mindestlohn mit dem Ziel: Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe, Enquete-Kommission, dazu Volksabstimmungen auf Bundesebene
- Begrenzung der Leiharbeit - für die ihnen abverlangte Flexibilität sollen Leiharbeiter mit einem Lohnzuschlag entschädigt werden (französisches Modell)
- Abschaffung der Sanktionen bei Hartz IV (§§ 31, 32 SGB II, § 39 a SGB XII)

### **Gesundheitliche und soziale Sicherung**

- Fahrscheinloser öffentlicher Personennahverkehr
- Medien - alle durch öffentliche Stellen erzeugte oder mit Hilfe öffentlicher Förderung entstandene Inhalte sollen der breiten Öffentlichkeit frei zugänglich gemacht werden.
- Barrierefreiheit in allen öffentlichen Einrichtungen
- Förderung von kooperativen Organisationsmodellen (Commons)

## **Was schreibt die CDU zum Thema?**

### **Wohnungsmarkt, Mietpolitik und Bekämpfung der Wohnungsnot**

- Neue Wohnungen bauen, um Mietanstieg zu dämpfen
- Stärkung des Sozialen Wohnungsbaus
- Verbesserungen beim Wohngeld
- Senkung der Grenze für Mieterhöhungen von 20 % auf 15 %, in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt auf 10 %/li>

### **Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und zur Existenzsicherung**

- Vollbeschäftigung durch nachhaltiges Wachstum schaffen
- Bessere Qualifizierung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen
- Fortsetzung des Programms „Perspektive 50plus“
- Tarifparteien sollen für tariflose Bereiche einen Mindestlohn vereinbaren, der Branche und Region berücksichtigt

### **Gesundheitliche und soziale Sicherung**

- Beibehalt des bestehenden Krankenversicherungssystems, keine staatliche Einheitsversicherung
- Berücksichtigung von Erziehungszeiten bei der Rente auch für Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden
- Bessere Berücksichtigung von Pflegezeiten bei der Rente
- Einführung einer Lebensleistungsrente: wer 40 Jahre versichert war und privat vorgesorgt hat, bekommt einen Zuschuss zur Rente auf 850 €
- Stärkung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge

## **Was schreibt die SPD zum Thema?**

### **Wohnungsmarkt, Mietpolitik und Bekämpfung der Wohnungsnot**

- Die soziale Wohnraumförderung verstetigen
- Das Wohngeld anpassen und den gestrichenen Heizkostenzuschuss wieder einführen
- Eine Begrenzung der Miethöhe bei Wiedervermietungen von Wohnungen einführen

- Die Mittel für die energetische Gebäudesanierung erhöhen
- Kommunale und genossenschaftliche

### **Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und zur Existenzsicherung**

- Hohes Niveau an finanziellen Mitteln für aktive Arbeitsförderung
- Öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen
- Arbeitsversicherung mit Recht auf Weiterbildung und Qualifizierung
- Programm 2. Chance für Jugendliche ohne Abschluss
- Gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 € | Erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Sachgrundlose Befristung abschaffen

### **Gesundheitliche und soziale Sicherung**

- Bürgerversicherung gegen Zwei-Klassen-Medizin und gute Versorgung
- Gute Pflege und mehr Unterstützung für Angehörige
- Gleiche Teilhabe für Menschen mit Behinderung

## **Was schreibt die Grünen zum Thema?**

### **Wohnungsmarkt, Mietpolitik und Bekämpfung der Wohnungsnot**

- Unterstützung der Bundesländer beim Bau von Sozialwohnungen und bei Ankäufen in innerstädtischen Lagen
- Einführung von Mietobergrenzen und stärkerer Schutz bei Eigentumsu mwandlung
- Einrichtung eines Energiesparfonds von jährlich
- Mrd. € und Einführung eines Klimazuschusses zum Wohngeld

### **Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und zur Existenzsicherung**

- Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 8,50 €/Std.
- Mindestens gleiche Entlohnung für Leiharbeitskräfte und zusätzlich einen Flexibilitätsbonus
- Erhöhung des ALG II-Regelsatzes auf 420 € und Abschaffung der Regelung zur Bedarfsgemeinschaften

### **Gesundheitliche und soziale Sicherung**

- Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege
- Qualitätssteigerung durch Prävention und Vernetzung
- Versorgungssicherheit für Menschen mit Pflege und Unterstützungsbedarf, dort, wo sie leben möchten

- Einführung einer Garantierente von mindestens 850 €

**Quelle: Landesarmutskonferenz Berlin**

---

Kaffee, Kuchen und klare Kante

Wohnungslose und von Armut Betroffene im Gespräch mit Berliner Bundestagskandidaten Berlin (epd). *Großer Bahnhof im "Warmen Otto": Fünf Kandidaten zur Bundestagswahl stellen sich dort am Dienstagabend den Fragen der Wähler. Doch nicht alle in der Tagesstätte für Wohnungslose der Berliner Stadtmission fühlten sich am Ende schlauer.*

"Wir kommen wählen!" hatte die Landesarmutskonferenz Berlin (lak) ihre Aktion vom Dienstagabend überschrieben. Fünf Politiker stellten sich dabei den Fragen eines teils sehr verbitterten Publikums. In den "Warmen Otto", eine Tagesstätte für Wohnungslose der Berliner Stadtmission in Moabit, gekommen waren Özcan Mutlu von den Grünen, Piraten-Kandidatin Cornelia Otto, Ilkin Özisik von der SPD, Daniel Tietze (Linke) und Jenny Münchow von der FDP. Auch ein Vertreter der CDU war den gut 40 Besuchern angekündigt worden, erschien aber nicht.

"Aus den Erfahrungen mit unseren Besuchern wissen wir, dass sich Wohnungslose und von Armut Betroffene von der Politik nur ungenügend vertreten fühlen", berichtet Karsten Krull, Sozialarbeiter im "Warmen Otto". "Die Politikverdrossenheit nimmt gerade bei diesen Menschen zu", hat er beobachtet. Doch nicht nur das Publikum war für eine Wahlveranstaltung eher ungewöhnlich, sondern auch die Form der Diskussion.

So gab es keine Podiumsdiskussion, sondern fünf Tische, an die sich die Besucher mit jeweils einem Moderator setzten konnten. Alle 15 bis 20 Minuten wechselten die Politiker die Tische und stellten sich so den Fragen anderer Leute. "Auf diese Weise konnten die Politiker viel direkter auf die Fragen der Menschen eingehen", lobte Besucherin Sandra diese Idee. "Die Leute hier wollen ja auch keine Diskussion zwischen den Parteien sehen, für sie sind doch ihre eigenen Fragen viel wichtiger." Für sie stand schon vor dem Abend fest, wen sie wählen würde, fand es aber interessant, welche Argumente andere Parteien hatten.

Dass die Politiker auf die Fragen eingingen, war allerdings nicht jedermanns Ansicht: "Von den drei Politikern, mit denen ich über meine Wohnsituation gesprochen habe, predigten zwei nur ihr Programm", zeigte sich Matthias enttäuscht. "Dafür bot mir einer an, mal bei ihm vorbeizukommen und dass ich meine eigene Lobby sein könnte." Doch neben Mietpreiserhöhungen und bezahlbarem Wohnraum in Berlin - einem sehr nahe liegenden Thema bei Wohnungslosen - ging es auch um Grundsicherung, Rauchverbot und um den zukünftigen Flughafen Schönefeld.

Sogar bei diesem Thema kochten die Emotionen so hoch, dass die Moderatorin Marie-Therese Reichenbach beschwichtigend eingreifend musste. Sie war eine der sechs Moderatoren und arbeitet ansonsten als Frostschutzengel bei der Berliner Kältehilfe, die im Winter Obdachlose von der Straße holt. Auch Krull und sein Kollege Mario Böhme führten durch die Gespräche, ebenso wie die drei anderen Moderatoren von verschiedenen sozialen Einrichtungen. Waren die Besucher am Anfang noch zurückhaltend und überließen den Moderatoren das Fragenstellen, so wurden die Diskussionen im Laufe des Abends immer dringlicher.

So beklagte eine Frau in weißer Bluse: "Die Banken lehnen uns ab!" Sie habe versucht, nach ihrer Wohnungslosigkeit ein Konto zu eröffnen, doch kein Geldinstitut wollte sie. "Es ist einfach nicht möglich, ohne Konto eine Stromrechnung zu bezahlen", ergänzte eine andere Frau.

Zuletzt gab es eine Veranstaltung wie diese vor zwei Jahren zu den Abgeordnetenhauswahlen, erläuterte Krull. Zur kommenden Wahl werde es die Aktion "Wir kommen wählen!" wieder geben. "Wir möchten den Politikern die Gelegenheit geben, mit von Armut betroffenen Bürgern ins

Gespräch zu kommen und ihre Sorgen und Wünsche kennen zu lernen." Ein Kritikpunkt an der Veranstaltung war, dass sie so kurz vor der Wahl stattfand, denn Deutsche, die keinen festen Wohnsitz haben, können sich mit einer Identitätsbescheinigung ins Wählerverzeichnis eintragen lassen. Der entsprechende Antrag musste allerdings bis zum 30. August im Bezirkswahlamt eingegangen sein.

Doch viele der Besucher haben ihre Wahlentscheidung schon getroffen: "Ich werde auf jeden Fall wählen gehen, keine Frage", beteuert Matthias. "Ich weiß auch schon, wem ich meine Zweitstimme geben werde, nur mit der Erststimme bin ich nicht sicher." Die Wahlveranstaltung im "Warmen Otto" habe ihm da auch nicht weitergeholfen. Dieter-Klaus hingegen war sich sowohl vor als auch nach der Veranstaltung nicht sicher, ob er wählen gehen soll: "Dabei wollte ich selbst auch mal in die Politik."

05.09.2013 epd ost aw bue

Von Alexandra Wolff (epd)